

Antrag

der CDU-Fraktion

Überprüfung der Brandenburger Landesbediensteten nach dem Stasiunterlagengesetz

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeiten des novellierten Stasiunterlagengesetzes zur Überprüfung von Landesbediensteten auf eine Tätigkeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR, insbesondere bei leitenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ab Besoldungsgruppe A9 / Entgeltgruppe E 9, bei Staatsanwälten und Richtern konsequent zu nutzen. Hierfür sind einheitliche Kriterien für alle Landesministerien und nachgeordneten Behörden zu entwickeln.
2. Die Auswertung der Überprüfung soll von einer unabhängigen Kommission durchgeführt werden, der auch die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur angehören soll.
3. Die Kommission legt dem Landtag bis zur Mitte des Jahres 2013 einen Bericht vor, in dem neben den Erkenntnissen und Ergebnissen der Überprüfung auch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen und Konsequenzen dargestellt werden.

Begründung:

In den letzten beiden Jahren wurden in der Justiz, der Polizei und in den Landesministerien in Brandenburg immer wieder neue Stasifälle, vor allem durch die Medien aufgedeckt, zuletzt u.a. im Landeskriminalamt und im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien. Die Weiterbeschäftigung von ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Führungspositionen des Landesdienstes, in Polizei und Justiz untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Integrität des öffentlichen Dienstes.

Eine einheitliche Stasiüberprüfung in der Brandenburger Landesverwaltung und in der Justiz findet in Brandenburg nicht statt, obwohl die Novelle des Stasiunterlagengesetzes und damit die erweiterten Überprüfungsmöglichkeiten zum 1.1.2012 in Kraft getreten sind. Der Aktenbestand in der BStU ist heute wesentlich umfangreicher, als in früheren Jahren.

Datum des Eingangs: 17.04.2012 / Ausgegeben: 17.04.2012

Als Mitglieder der Landesregierung sind die Minister Schnittstellen zwischen Politik und Verwaltung und tragen somit wesentlich zur Umsetzung politischer Ziele und der Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit bei. Deshalb besteht ein öffentliches Interesse an Informationen zu möglichen früheren inoffiziellen oder offiziellen Tätigkeiten von Landesbediensteten für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Die Landesregierung muss hier auch im Interesse der Opfer der SED - Diktatur ein Höchstmaß an Transparenz und Aufklärung gewährleisten.

Dr. Saskia Ludwig
für die CDU-Fraktion